

Nr. 20/172

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wahlversprechen und Koalitionsvertrag einhalten – Modellprojekt für Cannabis schnellstmöglich auf den Weg bringen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. Februar 2020
(Drucksache [20/280](#))
2. Zukunft der maritimen Wirtschaft im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Januar 2020
(Drucksache [20/259](#))
3. Konferenz zur Zukunft der EU aktiv mitgestalten
Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/279](#))
4. Mittelstandsförderungsgesetz reformieren – Clearingstelle, Clearingverfahren und Mittelstandsbeirat einrichten!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 12. März 2020
(Drucksache [20/322](#))
5. Silvester Feuerwerke im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/278](#))
6. Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung im Bremer Bildungssystem – Sachstand und Ausblick
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/289](#))
7. Wie ist Bremen im Kampf gegen Cyber- und Internetkriminalität aufgestellt?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. März 2020
(Drucksache [20/311](#))
8. Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021
(Zensusausführungsgesetz 2021 – ZensAG 2021)
Mitteilung des Senats vom 10. März 2020
(Drucksache [20/316](#))

Nr. 20/173

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 11. Mai 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. 2. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Daten-
schutzgrundverordnung

vom 24. März 2020
(Drucksache [20/330](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 2. Jahresbericht der Landes-
beauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den
Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfrei-
heit.
2. 14. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

vom 24. März 2020
(Drucksache [20/331](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 14. Jahresbericht der Landes-
beauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung
an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informa-
tionsfreiheit.
3. Stiftung des öffentlichen Rechts Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zent-
rum für Polar- und Meeresforschung – AWI
„Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Freien
Hansestadt Bremen, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Niedersach-
sen“

Mitteilung des Senats vom 24. März 2020
(Drucksache [20/334](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
4. Geschäftsbericht, Haushaltsrechnung und Abschlussbericht Produktgrup-
pencontrolling des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2017

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1973](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat aufgrund § 114 Absatz 1 in
Verbinung mit § 118 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung für
das Haushaltsjahr 2017.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Geschäftsbericht Kenntnis.
5. Jahresbericht 2019 – Land – nach § 97 Landeshaushaltsordnung (LHO)

Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
vom 7. März 2019
(Drucksache [20/2095](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht 2019 des Rech-
nungshofs der Freien Hansestadt Bremen Kenntnis.
6. Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2017 und
Jahresbericht 2019 – Land – des Rechnungshofs der Freien Hansestadt
Bremen

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses
vom 30. März 2020
(Drucksache [20/338](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des sta-
atlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rech-
nungsprüfungsausschusses Kenntnis.

7. Bericht über die Beträge aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäßentische Schenkungen für das Jahr 2019
Mitteilung des Senats vom 31. März 2020
(Drucksache [20/341](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
8. Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates und der Richtlinie (EU) 2016/800 über Verfahrensgarantien für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, im Justizvollzug sowie zur Änderung vollzugsrechtlicher Vorschriften
Mitteilung des Senats vom 7. April 2020
(Drucksache [20/347](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss (federführend) und an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
9. Bericht über das Ergebnis der Evaluation des Bremischen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BremBQFG)
Mitteilung des Senats vom 7. April 2020
(Drucksache [20/348](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
10. Konsolidierungsbericht 2019 der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 21. April 2020
(Drucksache [20/359](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
11. Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom April 2020
Mitteilung des Senats vom 21. April 2020
(Drucksache [20/360](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/174

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Nr. 20/175

Regierungserklärung des Senats zum Thema „Corona-Pandemie: Aktuelle Situation“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats zum Thema „Corona-Pandemie: Aktuelle Situation“ Kenntnis.

Nr. 20/176

Gesetz zur Anpassung bildungsrechtlicher Regelungen an die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie

Mitteilung des Senats vom 5. Mai 2020
(Drucksache [20/371](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/177

Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. August 2011

Mitteilung des Senats vom 28. April 2020
(Drucksache [20/368](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/178

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 28. April 2020
(Drucksache [20/369](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 20/179

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 7

vom 8. Mai 2020
(Drucksache [20/378](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/180

Änderung des Namens der staatlichen Deputation für Klima, Umweltschutz, Landwirtschaft und Tierschutz

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 12. Mai 2020
(Drucksache [20/381](#))

Der Name der staatlichen Deputation für Klima, Umweltschutz, Landwirtschaft und Tierschutz wird in staatliche Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie geändert.

Nr. 20/181

Kein Pardon für sprachliche Brandstifter – Mord und Zwangsarbeit haben keinen Platz in der politischen Debatte!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. März 2020
(Drucksache [20/308](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/182

Gegen den Fachkräftemangel: MTLA-Ausbildung in Bremen erhalten!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. April 2020
(Drucksache [20/343](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/183

Gegen den Fachkräftemangel: MTLA-Ausbildung in Bremen erhalten!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 12. Mai 2020
(Drucksache [20/384](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Analyse zum Bedarf an Fachkräften der Ausbildung zur medizinisch-technischen Assistenz für Laboratoriumsmedizin (MTLA) im Land Bremen und möglichst auch in der Metropolregion Nordwest anzufertigen. Zu berücksichtigen sind dabei
 - a) die altersbedingten und sonstigen Personalabgänge bei den MTLA-Fachkräften sowohl im klinischen als auch im außerklinischen Bereich und
 - b) die zukünftigen MTLA-Fachkräftebedarfe sowohl im klinischen als auch im außerklinischen Bereich. Dabei ist auch das erheblich veränderte Arbeitsfeld (unter anderem der zukünftige hohe Automatisierungsgrad) einzubeziehen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unter Berücksichtigung der Bedarfsanalyse zu prüfen, wie eine Fortführung der MTLA-Ausbildung finanziert werden könnte. Zu berücksichtigen ist dabei Folgendes:
 - a) Im Rahmen der anstehenden Novellierung des Bremischen Krankenhausgesetzes ist beabsichtigt, die Investitionskostenfinanzierung zu überarbeiten. Veränderte Investitionsbedingungen für die Finanzierung der Ausbildungsstätte sollten eine gemeinsame Lösung mit Laborbetreibern, Krankenhäusern und Schulen ermöglichen, die MTLA-Ausbildung fortzuführen.
 - b) Hinsichtlich des Standorts einer neuen Ausbildungs-(Labor-)stätte ist zu überprüfen, inwieweit im Land Bremen Räumlichkeiten vorhanden sind, bei denen geringere Investitionskosten als die im Raum stehenden Kosten von rund eine Million Euro zu erwarten wären.

- c) Im Rahmen der geänderten Anforderungen des MTLA-Berufsfeldes ist zu überprüfen, ob das Curriculum der MTLA-Ausbildung derart geändert werden kann, dass die praktische Ausbildung überwiegend in normalen Krankenhauslaboren oder ähnlichem stattfinden und dies zu geringeren Kosten eines neuen Ausbildungsstandortes führen könnte.
3. Die Analyse des Fachkräftebedarfs und möglicher Finanzierungsmodelle zur Fortführung der MTLA-Ausbildung im Land Bremen soll der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz innerhalb von drei Monaten nach Beschlussfassung vorgelegt werden.

Nr. 20/184

Pflege sichern – Tarifbindung stärken!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 15. April 2020
(Drucksache [20/354](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich gegenüber den Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretungen, den freigemeinnützigen und privaten Pflegeanbietern konsequent für die Realisierung eines flächendeckenden Tarifvertrags Altenpflege, aufbauend auf dem bestehenden Tarifvertrag TV-PfliB, im Land Bremen und seine volle Refinanzierung nach dem Sozialgesetzbuch einzusetzen. Hierbei muss bis 2023 stufenweise eine Anpassung der Löhne der Fachkräfte in Pflegeheimen und ambulanter Pflege an die des Pflegepersonals in Krankenhäusern erfolgen, wobei zu berücksichtigen ist, dass den Pflegekräften innerhalb der Krankenhäuser je nach Spezialisierung unterschiedliche Löhne gezahlt werden;
2. die Entlohnung nach Tarif als Voraussetzung für die Zusage von Investitionsmitteln landesgesetzlich zu verankern;
3. sich auf der Bundesebene für die Vereinfachung einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung von regionalen Pflegetarifverträgen einzusetzen;
4. sich auf der Bundesebene für eine Deckelung des finanziellen Eigenanteils der Pflegebedürftigen (zum Beispiel „Sockel-Spitze-Tausch“) und eine möglichst umfängliche Absicherung der Pflegekosten durch die Pflegeversicherung einzusetzen;
5. der zuständigen Deputation vierteljährlich über den Fortgang der Aktivitäten des Senats zu berichten, beginnend sechs Monate nach Beschlussfassung der Bürgerschaft (Landtag).

Nr. 20/185

Vorratshaltung für Schutzgüter (wieder) aufbauen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 22. April 2020
(Drucksache [20/361](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/186

Wohnungsbau in Bremen – Status quo und Perspektiven

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/188](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. März 2020

(Drucksache [20/318](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/187

Fragestunde

1. Vorsorgemaßnahmen bei Pandemien
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (AfD) vom 13. März 2020
2. Ankauf und Verlängerung von Belegbindungen für Sozialwohnungen
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 13. März 2020
3. Schutzräume für queere Jugendliche
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 13. März 2020
4. Geduldete Flüchtlinge
Anfrage des Abgeordneten Mark Runge und Gruppe M.R.F. vom 27. März 2020
5. Finanzlücken bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. April 2020
6. Konzept für den digitalen Unterricht aufgrund der Covid-19-Krise, sowie die Verwendung von privaten IT-Mitteln
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (AfD) vom 21. April 2020
7. Homeschooling für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche
Anfrage der Abgeordneten Valentina Tuchel, Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 21. April 2020
8. Wie kann die Essensversorgung von Kindern aus einkommensschwachen Familien auch in Zeiten der Corona-Pandemie sichergestellt werden?
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solveig Eschen, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. April 2020
9. Klimafreundliche Gestaltung von Flotten
Anfrage der Abgeordneten Martin Michalik, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. April 2020
10. Digitale Anwendungen zur Fernbehandlung im Gesundheitsbereich
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 30. April 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Digitalisierung der Verwaltung: Homeoffice im öffentlichen Dienst
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 30. April 2020
 12. Ein besseres Stadtklima durch Pocket Parks
Anfrage der Abgeordneten Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 30. April 2020
 13. Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Auszubildende im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Jasmina Heritani, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 30. April 2020
 14. Situation von Studierenden in Wohnheimen
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Janina Brünjes, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 30. April 2020
 15. Verteilung von Schutzausrüstung in Bremischen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 5. Mai 2020
 16. Überbrückungshilfe des Bundes für Studierende in coronabedingten Notlagen
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 5. Mai 2020
 17. Behandlung der Risikoanalyse „Pandemie“ aus dem Jahr 2012
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. Mai 2020
 18. Wie geht es weiter mit Fachkräften für Prävention und Gesundheitsförderung im Setting Schule?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 7. Mai 2020
 19. Corona-Pflegebonus: Finanzierung und Auszahlung im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. Mai 2020
 20. Inklusion im Digitalsemester sicherstellen und Beteiligung gewährleisten
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Thomas Pörschke, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Mai 2020
 21. Gleichstellung an Hochschulen auch in Zeiten von Corona sicherstellen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Mai 2020
- Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/188

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 5. Mai 2020
(Drucksache [20/375](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den nicht ständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung.

Nr. 20/189

Einsetzung eines nicht ständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen nicht ständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung ein.

Nr. 20/190

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Antirassismus in Verfassung verankern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. März 2020
(Drucksache [20/304](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an den nicht ständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung.

Nr. 20/191

Aussetzung der Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung für das Jahr 2020 – Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 12. Mai 2020
(Drucksache [20/382](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den nicht ständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung.

Nr. 20/192

Aussetzung der Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung für das Jahr 2020 – Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 12. Mai 2020
(Drucksache [20/383](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 20/193

Demokratie muss Schule machen: Wie kann Demokratie im Kindertagesstätten- und Schulalltag unmittelbarer erlebt, praktiziert und vermittelt werden?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 13. Dezember 2019

(Drucksache [20/212](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. März 2020

(Drucksache [20/299](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/194

Der Krise offensiv begegnen, den Aufschwung organisieren – bundesweites Konjunkturprogramm rechtzeitig auflegen, Auftragsvergabe im Land Bremen vereinfachen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 5. Mai 2020

(Drucksache [20/373](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich umgehend in Gesprächen mit dem Bund für die rechtzeitige Auflegung eines Konjunkturprogramms zur Überwindung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie einzusetzen, das dem zur Wiederbelebung des Wirtschaftslebens erforderlichen Bedarf entspricht;
2. sich dafür einzusetzen, dass dieses Programm als Ganzes einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele von Paris leistet;
3. sich dafür einzusetzen, dass unser Gesundheitswesen und seine Finanzierung in diesem Zusammenhang auf eine Basis gestellt werden, die uns besser auf Herausforderungen von der Art der Corona-Pandemie vorbereitet. Das gleiche gilt für das Pflegesystem;
4. sich dafür einzusetzen, dass dieses Konjunkturprogramm einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz leistet und Länder und Kommunen dazu befähigt, ihre Immobilienbestände, ihre Mobilität und Energieversorgung systematisch zu modernisieren und die Nutzung der fossilen Energieträger zu überwinden;
5. sich für die Förderung von nachhaltigen Investitionen in die Errichtung und Sanierung der föderalen und kommunalen Infrastrukturen einzusetzen (Immobilien, Technik, Verkehrswesen, Grün und so weiter);
6. sich für die Förderung von nachhaltigen Investitionen in die Steigerung der Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen;
7. sich dafür einzusetzen, dass dieses Programm auch eine Stärkung, einen Ausbau und eine innovative Ergänzung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und Angebote enthält in einem Umfang, der der Dimension der Problemlage angemessen ist;
8. sich für die Förderung der Digitalisierung in der Verwaltung und insbesondere in den Schulen und Hochschulen einzusetzen;
9. sich für die Finanzierung eines Programms zur Kompensation der besonderen Nachteile, die bestimmte Stadtteile durch die Pandemie zu erleiden hatten, einzusetzen;

10. sich für finanzielle Hilfen des Bundes für Länder und Kommunen einzusetzen, um die Handlungsfähigkeit insbesondere finanzschwacher Länder und Kommunen aufrecht zu erhalten und sie in die Lage zu versetzen, eine eventuelle Ko-Finanzierung eines Konjunkturprogramms des Bundes leisten zu können;
11. mit Blick auf ein Konjunkturprogramm gemeinsam mit Bund und Ländern rechtliche Regelungen des Vergaberechts auf eine befristete Vereinfachung zu überprüfen und dem Bundesrat und der Bremischen Bürgerschaft entsprechende Anpassungen vorzuschlagen;
12. der Bürgerschaft (Landtag) insbesondere einen Vorschlag für eine den Erfordernissen angemessene, befristete Anhebung der Wertgrenzen für Vergabeverfahren des Abschnitts 2 des Bremischen Tariftreue- und Vergabegesetzes zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen;
13. frühzeitig darüberhinausgehende Vorschläge vorzulegen, wie das Programm in Bremen von der Bremischen Bürgerschaft und dem Senat schnellstmöglich konkretisiert und umgesetzt werden kann;
14. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Diskussion um einen gerechten gesellschaftlichen und gesamtstaatlichen Lastenausgleich geführt wird, damit bestehende Ungleichheiten nicht noch weiter verschärft werden und die finanziellen Lasten entsprechend der Leistungsfähigkeit verteilt werden.

Nr. 20/195

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe – Zeitlich begrenzte Erleichterungen bei öffentlichen Vergabeverfahren im Zuge der COVID-19-Pandemie

Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. April 2020
(Drucksache [20/362](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 28 Absatz 1 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 20/196

Blutspenden muss sich an medizinischen Erkenntnissen orientieren, nicht an überkommenen Vorurteilen

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. April 2020
(Drucksache [20/365](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, das Transfusionsgesetz und die Richtlinie Hämotherapie der Bundesärztekammer so zu ändern, dass eine Diskriminierung potenzieller Blutspenderinnen/Blutspender wegen ihrer sexuellen Orientierung beziehungsweise Aktivität oder der Geschlechtsidentität ausgeschlossen wird, indem die medizinische Beurteilung zur sicheren Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen nicht mehr von der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, abhängig gemacht wird;

2. in Gesprächen mit der Bremischen Ärztekammer darauf hinzuwirken, dass diese ihren Einfluss auf die Bundesärztekammer nutzt, damit letztere die Richtlinie Hämotherapie diskriminierungsfrei und grundgesetzkonform novelliert, sodass künftig nur noch auf das konkrete individuelle Risikoverhalten potenzieller Spenderinnen/Spender abgestellt und für Sexarbeiterinnen/Sexarbeiter und Menschen mit wechselnden Sexualpartnerinnen/Sexualpartnern die Dauer des zeitweiligen Ausschlusses einer kritischen Überprüfung unterzogen, gegebenenfalls aktualisiert und jedenfalls nachvollziehbar wissenschaftlich begründet wird;
3. in Gesprächen mit den Blutspende-Diensten in Bremen und Bremerhaven darauf hinzuwirken, dass Menschen statt einer Meldeadresse auch eine andere Postanschrift oder telefonische Kontaktdaten, über welche sie zu erreichen sind, angeben können, um einen faktischen Ausschluss von wohnungslosen Menschen zu vermeiden.

Nr. 20/197

Blutspende diskriminierungsfrei ermöglichen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Mai 2020
(Drucksache [20/379](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/198

Messerangriffe in Polizeilicher Kriminalstatistik aufnehmen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Februar 2020
(Drucksache [20/266](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/199

Einführung einer Wohnungslosenberichterstattung sowie einer Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen

Antrag der Gruppe M.R.F.
vom 17. Februar 2020
(Drucksache [20/271](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/200

EFuels politisch unterstützen, Bremer Arbeitsplätze und wenigstens Verbrennungsmotoren mit CO2 neutraler Bilanz erhalten

Antrag der Gruppe M.R.F.
vom 17. Februar 2020
(Drucksache [20/272](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/201

Gedenktag am 9. November für den bürgerlichen Sieg über den Unrechtsstaat der DDR und für deren Opfer – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 3. März 2020
(Drucksache [20/298](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 28 Absatz 1 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 20/202

Beflaggung der Bremischen Bürgerschaft zum IDAHOBIT und CSD

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD,
DIE LINKE, der CDU und der FDP
vom 13. Mai 2020
(Drucksache [20/391](#))

Gemäß § 87 Satz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft beschließt die Bürgerschaft (Landtag), dass jährlich anlässlich des IDAHOBIT am 17. Mai und begleitend zum Bremer CSD oder, falls dieser nicht stattfindet, am 28. Juni, dem internationalen Christopher Street Day, die Regenbogenflagge an der Bremischen Bürgerschaft gehisst wird.

Nr. 20/203

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Eilzuständigkeit für Zollvollzugsbeamte im Bremer Polizeigesetz aufnehmen
Antrag der Fraktion der CDU
12. November 2019
(Drucksache [20/151](#))
2. Eilzuständigkeit für Zollvollzugsbeamte im Bremer Polizeigesetz aufnehmen
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres
vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/287](#))
3. Meldesystem für Corona-Verdacht
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 23. März 2020
(Drucksache [20/328](#))
4. Gleiches Recht für alle – Öffnungsklausel beim Glücksspieländerungsstaatsvertrag auch für Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. März 2020
(Drucksache [20/310](#))
5. Finanzielle Unterstützung von Kleinunternehmen (Taxiunternehmen, Bringdienste und Honorarkräfte)
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 7. April 2020
(Drucksache [20/346](#))

6. Aktionsplan für die Zukunft des Sports im Land Bremen: Breiten- und Leistungssport gemeinsam fördern!
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 8. April 2020
(Drucksache [20/350](#))
7. Konsumgüter langlebiger und haltbarer herstellen, Vermeidung von „Sollbruchstellen“ und bessere Reparaturfähigkeit – Verbraucher- und Umweltschutz vor Ort praktisch machen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 15. April 2020
(Drucksache [20/353](#))
8. Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und des Zivildienstes – Verpflichtend für die gesamte Bevölkerung
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 21. April 2020
(Drucksache [20/355](#))
9. Erster Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (1. Medienänderungsstaatsvertrag)
Mitteilung des Senats vom 21. April 2020
(Drucksache [20/358](#))
10. Mit einem neuen „Bremer Erlass“ Aufenthaltsrechtliche Sicherheit für junge Geflüchtete während Ausbildungsvorbereitung und Ausbildung schaffen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 5. Mai 2020
(Drucksache [20/374](#))